

Ahonen, Pertti: *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945-1990*. Oxford: Oxford University Press 2003. ISBN: 0-19-925989-5; 313 S.

**Rezensiert von:** Sabine Voßkamp, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Universität Duisburg-Essen, Campus Essen

Pertti Ahonen (Lecturer in Modern History, Univ. of Sheffield), legt mit „After the Expulsion“ eine erweiterte Fassung seiner Dissertation aus dem Jahre 1999 vor, die sich mit der Rolle der Vertriebenenorganisationen für die westdeutsche Ostpolitik 1949-69 befasste.<sup>1</sup> Erweitert hat Ahonen vor allem den Zeitraum der Arbeit. Inhaltlich, methodisch und strukturell sind Dissertation und Neuerscheinung dagegen weitgehend identisch, so dass der neue Untertitel möglicherweise falsche Erwartungen weckt: Es geht weniger um eine Diplomatiegeschichte der Beziehungen zwischen Osteuropa und Westdeutschland, sondern Dreh- und Angelpunkt der Untersuchung bleiben die Vertriebenenverbände.

Pertti Ahonen lässt den Leser zu Beginn die junge Bundesrepublik wie aus der Vogelperspektive betrachten: aus dem Nachkriegschaos entwickelte sich eine stabile, friedliche und ökonomisch erfolgreiche westliche Demokratie, die sich kategorisch vom Nationalsozialismus verabschiedet hatte, deren politische Elite aber gleichzeitig auf der Gültigkeit der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 beharrte und eine Normalisierung der Beziehungen mit den Ostblockländern nur zögerlich anging. Dieses scheinbare Paradox ist nach Ahonen bislang meist mit dem Primat der außenpolitischen Faktoren erklärt worden: Verweisen auf den Kalten Krieg, das Motiv der Staatsräson und die Wirkkraft der Hallstein-Doktrin. Ahonen dagegen will das Vertriebenenproblem verstanden wissen als „crucial link between the internal and external levels of West German politics“ (S. 8) und als zentrales Element für die politische Entwicklung der Bundesrepublik. Die Beschreibung der Interaktion von politischer Elite und Akteuren der Vertriebenenverbände soll dabei gleichzeitig einen Beitrag zur Rolle von „pressure groups“ in Demokratien leisten.

Die Wechselwirkungen zwischen Verbandslobbyismus, Außen- und Innenpolitik beschreibt Ahonen als „pattern“; die Entwicklung dieses Musters gibt gleichzeitig der Arbeit ihre Struktur: Teil 1 resümiert zunächst die Organisationsentwicklung der Vertriebenen mit den bekannten Umständen und Hintergründen (Widerstände der Alliierten, Einfluss des Kalten Krieges). Ziele der Vertriebenenverbände waren kurzfristig sozio-ökonomischer Art, langfristig blieb die angestrebte Rückkehr in die Heimat der Treibriemen der Motivation. Bezüglich der Großgruppen der Schlesier und Sudeten zeichnet Ahonen das holzschnittartige Stereotyp des polternden Funktionärs nach (vgl. die Kennzeichnungen auf S. 40f., „loudly“, „trumpeted“, „cacophony“ etc.). Mentalitätsunterschiede und Persönlichkeit der wichtigsten politischen Akteure bleiben insgesamt leider blass, was der Ausrichtung der Arbeit auf Strukturen und systemische Fragen geschuldet ist.

Nach anfänglichen Kontroversen zwischen den Vertriebenenverbänden bemühten sich diese in den frühen 1950er-Jahren um eine Vereinheitlichung ihrer Ostpolitik. Die formulierten Ziele wurden in Deckung gebracht mit von den Westalliierten noch mittragbaren Forderungen: Fortbestand der Grenzen von 1937, Friedensvertragsvorbehalt und Oder-Neiße-Linie als Provisorium. Durch die „Charta der Deutschen Heimatvertriebenen“ und andere Dokumente kristallisierten sich schnell die Bezugspunkte heraus, die auch für die nächsten Jahrzehnte Fixpunkte der Vertriebenenlobby bleiben sollten: Das Heimatrecht und das Recht auf Selbstbestimmung. Im Zuge der Etablierung der Bundesrepublik richtete sich der Fokus dann vermehrt auf die innenpolitische Einflussnahme. Als gewichtiges Argument und Druckmittel gegenüber den Parteien wurden hier die Millionen potenzieller Wählerstimmen in die Waagschale geworfen. Von den Parteien wurden daher aus wahltaktischen Gründen manche politische Forderungen der Vertriebenenlobby bereitwillig aufgegriffen, wie Ahonen anhand des Lastenausgleichs, den Bundestagswahlkämpfen

<sup>1</sup> Ahonen, Pertti, *The Expellee Organizations and West German Ostpolitik 1949 – 1969*, unveröffentlichte Dissertation, Yale University 1999 (Mikroform).

---

und der Saarfrage demonstriert. Auch in den folgenden Kapiteln wird das wahltaktische Motiv immer wieder als handlungsleitend für die großen Parteien charakterisiert.

Im Umgang mit der Lobby entwickelten die Parteien die Strategie der Instrumentalisierung bei gleichzeitigem Ausschluss von Spitzenpositionen: nie gelangten Lobbyisten auf Bundesebene an die Schaltzentren der Macht und parteiübergreifende Initiativen wurden nach Möglichkeit eingedämmt. In ihren ostpolitischen Konzepten unterschieden sich SPD, FDP und Union in den frühen 1950er-Jahren nicht wesentlich von den Vorstellungen der Vertriebenenverbände; der Zustrom von SBZ-Flüchtlingen und die Gründung des BHE tat ein Übriges, um große Parteien zur Umwerbung der Vertriebenen und Flüchtlinge zu veranlassen. Während nach außen hin aber der Anspruch auf die Ostgebiete aufrechterhalten wurde, zieht Ahonen aufgrund interner Besprechungen die Bilanz, dass Politiker aller Couleure Anfang der 50er Jahre eine Wiedergewinnung nicht nur für unwahrscheinlich und problematisch, sondern auch mit dem Ziel der Wiedervereinigung unvereinbar hielten. Aus innenpolitischen Gründen sei diese Haltung unpubliziert geblieben (vgl. S. 77).

Ausgelöst durch Berlin-Krise und Mauerbau änderte sich zu Beginn der 1960er-Jahre die Haltung der Medien und der Öffentlichkeit gegenüber der Vertriebenenpolitik. Prominente Intellektuelle wie Karl Jaspers oder Golo Mann und Medienvertreter wie Hans-Jakob Stehle und Jürgen Neven duMont forderten öffentlich den Verzicht auf die ehemaligen Ostgebiete ein. Trotzdem blieben wahltaktische Überlegungen stark genug, um auch in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre weiterhin öffentlich im Sinne der Vertriebenenverbände zu argumentieren. Ahonen will hier die Diskrepanz aufzeigen zwischen immer unrealistischeren außenpolitischen Positionen und der inneren Überzeugung der meisten maßgeblichen Politiker. Der interne Dissenz in den Parteien wird am Beispiel der SPD deutlich gemacht: auf der einen Seite die Initiative Herbert Wehners zur Gründung eines Gesamtdeutschen Rates 1962 (SPD-Führung und Schlesier), auf der anderen Seite im Hintergrund die langfristige Planung alternativer

Ostpolitik in SPD und FPD (S. 176f.).

Der Zusammenbruch des ‚Beziehungsmusters‘ zwischen Politik und Vertriebenen, der im dritten Teil des Bandes beschrieben wird, begann während der Großen Koalition und vollzog sich nach deren Ende. Das Verhalten der Vertriebenenverbände blieb auch nach Beginn der sozialliberalen Koalition vorwiegend unflexibel. Versuche, Beziehungen zur neuen Regierung zu knüpfen, endeten spätestens Anfang 1970. Die nun eingenommene konfrontative und polemische Haltung führte nicht zur Entwicklung politischer Alternativlösungen, andererseits aber auch nicht in den Extremismus, da eine Allianz mit der NPD von den meisten Vertriebenen ausgeschlossen wurde (vgl. S. 245ff.). Die Ratifizierung der Ostverträge brachte einen Vertrauensverlust in die Politik mit sich, auch in die der ohnehin Anfang der 1970er-Jahre geschwächten Union. Trotzdem konnte letztere dank kontinuierlicher Umwerbung die Hauptgruppen der Lobby nun endgültig an die CDU/CSU binden. Zum Schluss der Studie beleuchtet Ahonen die Ära Kohl. Die Hoffnungen der Verbandslobbyisten, die durch die ersten Ansprachen Kohls auf Vertriebenentreffen genährt wurden, seien letztlich enttäuscht worden (S. 256ff.). Ahonen illustriert dies am Beispiel des medienwirksamen Schlesiertreffens 1985 (Motto „Schlesien bleibt unser“) und an der Entwicklung des Jahres 1989. Helmut Kohls Taktik zu den Vertriebenenfragen fasst Ahonen mit „delay and evasion“ (S. 262) zusammen und kritisiert die negativen Folgen, die diese auf die Vertriebenen und ihre falschen Erwartungshaltungen gehabt habe (vgl. 264f.)

Im Fazit attestiert Ahonen dem Vertriebenenlobbyismus durchaus eine positive Wirkung für den Integrationsprozess in der frühen Bundesrepublik. Möglich sei dies aber nur im Rahmen zweier wichtiger Akteursgruppen außerhalb der Vertriebenen gewesen: der West-Alliierten und der politischen Eliten der BRD. Die integrative Wirkung habe sich Ende der 1960er-Jahre gewissermaßen ins Paradoxe verkehrt, da die Lobby aufgrund ihrer starren Haltung viele Vertriebene selbst abgeschreckt habe. Das Verhalten der politischen Eliten wird im Grunde ähnlich bewertet: so seien die westdeutschen Debatten

über die Ostpolitik lange Zeit durch „distortion and dishonesty“ gekennzeichnet und die Eliten selbst schon in den 1950er-Jahren Gefangene der eigenen revisionistischen Rhetorik gewesen. In politischer Hinsicht sei die Erfolgsgeschichte der Vertriebenenintegration also mit Vorsicht zu betrachten (S. 276ff.).

Am Ende der Studie bleibt manchem Leser vielleicht immer noch das Gefühl, in der Vogelperspektive zu schweben. Trotzdem sei die quellengesättigte Studie sowohl Einsteigern in das Thema empfohlen (auch aufgrund des diskutierten Forschungsstandes) als auch dem Fachpublikum, dem sie genug Anstöße für Kontroversen und weitere Desiderate liefern dürfte.

HistLit 2004-2-091 / Sabine Voßkamp über Ahonen, Pertti: *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945-1990*. Oxford 2003, in: H-Soz-Kult 07.05.2004.